Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 5

Artikel: Kein Abschied vom Sozialismus
Autor: Bodenmann, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143834

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Peter Bodenmann

Kein Abschied vom Sozialismus

Im folgenden Beitrag setzt sich der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) mit Kritik am Entwurf für ein Wirtschaftskonzept seiner Partei auseinander. Peter Bodenmann antwortet auch dem Redaktor der Neuen Wege, der diesem Konzept vorwirft, es nehme Abschied vom demokratischen Sozialismus und ziehe sich auf eine korporatistische Form des sozialen Friedens zurück (vgl. NW 1993, S. 333ff.; 1994, S. 94ff.). Die SPS hat sich aber nach den Worten ihres Präsidenten «inhaltlich nicht nach rechts verschoben», auch wenn eine weiterführende Debatte zur Überwindung des Kapitalismus nicht stattfinde. Gegenüber dem «Klassenkampf von rechts» möchte das Wirtschaftskonzept «den Begriff des sozialen Friedens offensiv besetzen». Peter Bodenmann kündigt im übrigen eine Programmdebatte an, um jene «grundsätzlichen Fragen» zu klären, die auch die Neuen Wegen aufgeworfen hätten. *Red.*

Breite Diskussion

Willy Spieler hat in den Neuen Wegen und anderswo zum Entwurf eines Wirtschaftskonzepts der SP Stellung genommen. Er ist nicht der einzige. Fast *zweihundert Seiten mit Anträgen* sind von seiten der Sektionen eingegangen.

Endlich wird wieder breit politisch diskutiert. Alle, die sich an diesem Prozess beteiligen, helfen mit, die wirtschaftspolitische Theorie und Praxis der SP weiterzuentwickeln.

Nicht überraschend dabei: Weil die Linke lange nicht mehr breit diskutiert hat, haben wir gegenseitig oft *Mühe zu verstehen,* was der andere jeweils nur schon begrifflich auf den Punkt bringen will.

Was für die einen bereits die beginnende Überwindung des Kapitalismus darstellt, ist für andere nur die Anpassung dieses Systems an die jeweiligen politischen Kräfteverhältnisse zwecks dessen Fortbestand.

Unterschiedliche Wahrnehmung

Dieses Wirtschaftskonzept wird ganz unterschiedlich wahrgenommen. Neben Zustimmung ist Kritik vorab aus zwei Lagern auszumachen:

– Für die einen geht die Summe der Vorschläge eher zu weit. Sie halten es für unrealistisch, in so kurzer Zeit soviel verändern zu wollen.

– Andere – unter ihnen Willy Spieler – befürchten, die Partei verabschiede sich vom demokratischen Sozialismus und begebe sich in den Sumpf des Korporatismus.

Die doppelte Kritik trug bisher *widersprüchliche Früchte:* Im konkreten Bereich – etwa bezüglich soziale Sicherheit – wurde das Papier bereits in der ersten Runde durch den Parteivorstand kastriert.

Umgekehrt wurden jene Teile verschärft, welche sich auf das Parteiprogramm berufen. Diese Reaktionen haben etwas mit der Geschichte der SP zu tun.

Ein Blick zurück

1982 verabschiedete die SP ihr *letztes Parteiprogramm.* Dieses definierte weder den Kapitalismus, noch den demokratischen Sozialismus und erst recht nicht die Selbstverwaltung trennscharf. Die Definitionen blieben verschwommen, die Partei formulierte eher Ansprüche und Wünsche denn konkrete Strategien und Projekte. Wer es nicht glaubt, soll dieses Programm einmal nachlesen.

Das Programm 1982 war Ausdruck einer

Partei, die *programmatisch weit radikaler* formulierte, als sie real politisierte. Der Widerspruch zwischen der sozialdemokratischen Politik anfangs der achtziger Jahre und dem Programm jener Tage war so gross, dass es in den letzten zwölf Jahren nicht einmal eine ernsthafte Debatte gab über den Dritten Weg, über Selbstverwaltung und demokratischen Sozialismus.

Politisch verändert

In diesen zwölf Jahren hat sich die *Welt politisch radikal verändert:*
– Die Staaten des real nicht existierenden Sozialismus sind in sich zusammengebrochen. Wirtschaftliches Chaos, Bürgerkriege, autoritäre Regime folgen dem Machtvakuum.
– Reale Ansätze eines Dritten Weges – wie sie viele von uns vor 12 Jahren auszumachen glaubten – sind zur Zeit nicht sichtbar.
– Es gibt in West-Europa keine machtpolitisch relevanten kommunistischen oder eurokommunistischen Kräfte mehr. Aus der PCI wurde die sozialdemokratische PDS, Mitglied der II. Internationale, welche programmatisch rechts der SP Schweiz politisiert.
– Umgekehrt hat während dieser zwölf Jahre die Rechte die politischen und gewerkschaftlichen Verhältnisse zu ihren Gunsten unsozial umgepflügt.
– In Italien scheinen die Neofaschisten und in Russland nächstens Schirinowski an die Macht zu kommen.

Dies alles spiegelt sich auch in der Schweizer Politik. Eine *relevante Kraft links der SP* gibt es zumindest in der deutschen Schweiz nicht mehr. Eine relevante Debatte, welche den Bruch mit dem Kapitalismus auch nur theoretisch vorzeichnen würde, findet seit 12 Jahren nicht statt.

Im Eurokontext positionieren

Etwas gegenläufig zum europäischen Trend hat sich die SP in den letzten Jahren inhaltlich *nicht nach rechts* verschoben. Ganz im Gegenteil.

Unsere Positionen nehmen sich im Quervergleich der europäischen Linken relativ *konsequent und fortschrittlich* aus. Einige Beispiele mögen dies illustrieren:
– Die SP will die Militärausgaben real halbieren und formuliert auf diesem Feld der eidgenössischen Konkordanz eine eigenständige Friedens- und Sicherheitspolitik.
– Die SP will den ökologischen Umbau unter anderem über schrittweise real höhere Preise für Energie. Die Höhe der von uns angestrebten Umweltabgaben sind für andere relevante Linksparteien tabu.
– Die SP tritt in einem ersten Schritt ein für die Legalisierung der weichen Drogen und die kontrollierte Abgabe harter Drogen. Dies als Einstieg in einen anderen Umgang mit legalen und illegalen Drogen.
– Die SP will den Bereich der politischen Polizei nicht einfach reformieren, sondern abschaffen. In keinem anderen Land wurde der kalte Krieg gegen die innenpolitische Opposition vergleichbar thematisiert wie in der Schweiz.

Das vorliegende Konzept versucht auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, unsere Vorstellungen breiter und koordinierter als bisher auf den Punkt zu bringen. Wir versuchen mit dem Begriff «radikale Reformen» deutlich zu machen, dass unsere Vorschläge bis an die Wurzeln, Grenzen und Möglichkeiten des Systems gehen, diese ausloten und ritzen. Etwas *Dialektik* schwingt im Ansatz mit.

Realistische Annäherung

Sein macht Bewusstsein. Dies gilt auch für politische Parteien wie die SP. Was in den letzten zwölf Jahren nicht auf der Tagesordnung stand, zwang uns nicht zu politischer und theoretischer Reflexion.

Die Autorinnen und Autoren des Wirtschaftskonzeptes versuchten, diesem Defizit mit einem *pragmatischen Ansatz* Rechnung zu tragen:
– In einem ersten Teil schildern wir Widersprüche und Tendenzen, welche die Welt in den nächsten Jahren vermutlich prägen werden. Dies aus einer eher pessimistischen und somit realistischen Sichtweise heraus.

– In einem zweiten Teil formulieren wir die Ansprüche, denen eine sozialdemokratische Politik genügen muss, und versuchen deren Möglichkeiten pragmatisch etwas auszuloten.
– In einem dritten Teil folgen dann die Vorschläge für die konkreten Polit-Felder. Wobei die Stärken und Schwächen dieser Kapitel aufzeigen, auf welchen Gebieten die Partei gut oder weniger gut gearbeitet hat.

Die SP ist eine Volkspartei, ist *ideologisch gesehen ein bunter Bazar.* Verschiedene Strömungen prägen die Partei. Es gibt keine einheitliche Sicht, keine gemeinsame Theorie zum Verständnis der Welt, der Wirtschaft und der Politik.

Die Mehrheit der konkreten Vorschläge finden denn auch die Zustimmung der Kritikerinnen und Kritiker. Der Zoff entbrennt – neben Details wie der Swiss-Metro – an nachfolgenden Fragen.

Klassenkampf und sozialer Friede

Wir leben in einer Klassengesellschaft. Die sozialen Gegensätze nehmen zu und nicht ab. Die Unternehmer und die politische Rechte führen erfolgreich den *Klassenkampf von rechts.*

Im Zentrum ihrer Angriffe stehen national und international die *Arbeitsbedingungen und Löhne.* Die alten gewerkschaftlichen und auch sozialdemokratischen Regulierungen sollen begraben werden.

Gesamt- und Kollektivarbeitsverträge werden gekündigt oder ausgehöhlt. Und uns stellt sich die Frage der Antwort, die nur eine politische und gewerkschaftliche zugleich sein kann.

Politisch brauchen wir mehr Druck für *Gesamtarbeitsverträge,* und gewerkschaftlich brauchen wir mehr Druck in den Betrieben für gute Gesamtarbeitsverträge. Das eine schliesst das andere nicht aus. Im Gegenteil. Deshalb stellt das Wirtschaftskonzept einen Vorschlag zur Diskussion:
– Die Arbeitenden haben neu einen Anspruch auf Verhandlungen. Wenn diese zu keinem Erfolg führen, soll eine Schlichtungsstelle einen Vergleichsvorschlag machen.
– Einen Zwang zum Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen soll es nicht geben, aber einen mehr als sanften Druck zugunsten der Arbeitenden: Unternehmen, die keine Gesamtarbeitsverträge abschliessen, bekommen keine öffentlichen Aufträge, keine Exportrisikogarantien und keine Forschungsgelder mehr.

Wer – wie ich – den betrieblichen Alltag kennt, wird zugeben: Solche Regelungen würden die Möglichkeiten aktiver Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Betrieben massiv verbessern. Selbst für Hans Schäppi im Konflikt mit einem gewissen Herrn Gasser.

Sollen wir dabei – um das politische und gewerkschaftliche Kräfteverhältnis zu verändern – den *Begriff des sozialen Friedens offensiv besetzen?* Die Meinungen sind geteilt, persönlich bin ich dafür. Auch die Alpen waren ein reaktionärer Mythos. Wir haben ihn für eine fortschrittliche Verkehrspolitik besetzt und nicht einmal darunter gelitten.

Wer die Stellung der Arbeitenden im politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf verbessern will, muss Veränderungen voranbringen.

Die Logik des Marktes und der Wettbewerb der Standorte

Die Globalisierung der Märkte und der Wettbewerb der Standorte sind Tatsachen. Sie werden im Konzept mit ihren Auswirkungen halbwegs korrekt beschrieben.

Das politische Problem: Welche Antwort soll die Linke in einem hochentwickelten Land auf diese Fragen geben? Die vorgeschlagenen Antworten folgen weder blind der Logik des Marktes noch gehen sie «auf Kosten der Dritten Welt, der natürlichen Ressourcen und der künftigen Generationen». Ganz im Gegenteil und etwas plakativ:
– Die *neue Armut* trifft vorab *Frauen.* Wir wollen höhere Sozialleistungen, um vorab diese neue Armut zu bekämpfen.

– Die Rechte will im Wettbewerb der Standorte hohe Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, um die Löhne zu drücken. Wir plädieren für eine Politik der *Vollerwerbsbeschäftigung* und der *höheren Löhne*.
– Die Rechte will einen Marschhalt in Sachen Umweltschutz. Wir wollen im Gegensatz dazu den Einstieg in den *ökologischen Umbau* mit Umweltabgaben und breiter Haftung für Risiken.
– Die Rechte will bei der *Entwicklungshilfe* sparen, wir wollen diese innert zwölf Jahren verdoppeln sowie gerechtere Preise und freieren Zugang für die Waren aus der Dritten Welt.

Das Wirtschaftskonzept versucht eine *linke Antwort in Sachen Standortdebatte*, unter anderem im Interesse der Frauen, der Dritten Welt und der Ökologie.

Reform und Überwindung, Programm und Wirtschaftskonzept

Beim Verfassen dieser Zeilen läuft die Diskussion innerhalb der Gremien der Partei. Einige Stationen der weiteren Debatte scheinen absehbar:
– Das Wirtschaftskonzept wird umgetauft. Neu handelt es sich um *Vorschläge zur Wirtschaftspolitik*. Damit soll der Eindruck vermieden werden, die SP verfüge über ein in sich geschlossenes Konzept.
– Es wäre sinnvoll, wenn der Parteitag auf den Text eintritt und ihn bereinigt, am Ende der Beratungen aber eine *Kommission* bestimmt, welche erstens die Umsetzung der Vorschläge verfolgt und zweitens dafür sorgt, dass mindestens *alle vier Jahre* der Text aufgrund der geführten Diskussionen und der gemachten Erfahrungen *überarbeitet* wird.
– Die Arbeiten am *Programm* sollen zur Klärung jener grundsätzlichen Fragen genutzt werden, welche in den Beiträgen von Willy Spieler zum Tragen kommen. Gerade hier sind jene zur aktiven Beteiligung aufgerufen, die diese Debatte einfordern, denn bis heute sind von seiten der Kritikerinnen und Kritiker noch wenig weiterführende Theorieansätze sichtbar.

Es war an der Zeit, dass innerhalb der Linken wieder wirtschaftspolitisch diskutiert und gestritten wird. Wichtig ist, dass es nicht bei einer Strohfeuer-Auseinandersetzung bleibt, sondern dies den *Beginn einer breiten Debatte* darstellt.

Ich habe mich nie der Kommunistischen Partei angeschlossen, und ich war nie doktrinär. Aber ich glaube noch immer, dass der Kommunismus wunderbare Ideen enthält, die ebenso schändlich verraten worden sind wie die Grundsätze des Christentums durch die Inquisition. Die Linke ist nicht tot.

(Die Literatur-Nobelpreisträgerin Nadine Gordimer über die Zeitenwende in Südafrika, in: DER SPIEGEL, 18. April 1994, S. 146)